

3/11/2024 AfA München

Versprechen halten – keine harten Sanktionen beim Bürgergeld – Lohnabstandsgebot erhöhen

Beschluss: angenommen

Das Bürgergeld hat bereits – entgegen unseres Bundestags-Wahlprogramm 2021 – Sanktionen und wir als SPD München fordern, dass Arbeitnehmer*innen nicht weiter in Schrecken vor der Arbeitslosigkeit an die bedingungslose Loyalität des Arbeitgebers binden und somit die Arbeiter*innenbewegung schwächen. Dies geschah bereits mit Hartz 4 - jedoch wollen wir die Arbeitslosenversicherung in Richtung einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln und solange darf Arbeitslosigkeit nicht als Bestrafung des Arbeitnehmers enden. Deshalb fordern wir, dass es keine Totalsanktionen für Arbeitslose gibt. Das Existenzminimum muss gewährleistet sein – zu jeder Zeit. Um den Unmut der unteren Einkommensgruppen bzgl. dem Lohnabstandsgebot gerecht zu werden, fordern wir weiterhin einen Mindestlohn von 15 € pro Stunde.

Überweisen an

Bundesparteitag, Bundestagsfraktion